



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	07.12.2017

TOP 14. Anfragen und Anregungen

a) BG Terfehr bezieht sich auf TOP 7 (Abwassergebühren) und stellt fest, dass die Fläche der Versiegelung in bestimmten Wohngebieten zunehme. Er fragt, wann die versiegelten Flächen zuletzt festgestellt worden seien. RM Kiefer antwortet, dass dies zuletzt 2016 stattgefunden habe. BM Ulrichs ergänzt, dass dies wegen des hohen Aufwandes nur alle paar Jahre geprüft werde. BG Terfehr fragt, was bei großflächigen Versiegelungen geschehe, die nicht der entsprechenden Baugenehmigung entsprächen. BM Ulrichs antwortet, dass solche bei der Auswertung der Luftbilder auffielen.

b) BG Wehlage meint, dass BM Ulrichs bei der Übergabe der Unterschriftenlisten durch die Bürgerinitiative deutlich gemacht habe, er werde die Thematik im Rat zur Diskussion stellen. Er finde es erstaunlich, dass der Rat mehr als 800 Unterschriften ignoriere. Selbstverständlich hätte seine Fraktion einen Antrag gestellt, wenn dies notwendig gewesen sei, um den Rat mit der Thematik zu befassen. BG Terfehr ist der Auffassung, dass mehr als 800 Unterschriften ein deutliches Zeichen seien. Ein Beschluss des Rates dürfe jedoch dem rechtlichen Widerspruch des Investors nicht Tür und Tor öffnen. Seiner Meinung nach werde der Investor die Einlegung von Rechtsmitteln nicht scheuen. Er weist darauf hin, vor 2 Jahren sei dem Investor signalisiert worden, dass sein Plan genehmigt werde, wenn er sich an bestimmten engen Kriterien orientiere. Werde trotzdem eine Bürgerbefragung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die „Gartenstadt“ mehrheitlich abgelehnt werde, so könne der Rat nicht anders, als diesem Votum zu folgen. Dies sei dann eine „Steilvorlage“ für den Investor.

Dipl.-Ing. Meemken weist darauf hin, dass es auch bei einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan kein Recht auf Bauleitplanung gebe. Wesentlicher Bestandteil jedes Durchführungsvertrages sei der Passus, dass die Planungshoheit der Gemeinde unberührt bleibe. RM Moroni weist auf das „Willkürverbot“ hin.

c) RM Dröst stellt den Antrag, der Rat solle sich bei der nächsten Klausurtagung mit dem Kommunalverfassungsrecht beschäftigen. Ihr es sei es peinlich, dass vor den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werde, wie Gesetze auszulegen seien.